

KOALITION

## Rente mit 67 wackelt

Die Rente mit 67 wird möglicherweise gar nicht eingeführt. Bei Union und SPD wächst die Bereitschaft, eine Ausstiegsklausel zu nutzen, die in letzter Minute in das jüngst verabschiedete Gesetz eingefügt worden ist. Danach muss die Bundesregierung im Jahr 2010 überprüfen, ob es „die Entwicklung der Arbeitsmarktlage sowie die wirtschaftliche und soziale Situation älterer Arbeitnehmer“ überhaupt zulassen, die Altersgrenze heraufzusetzen. CSU-Vize Horst Seehofer plädiert intern dafür, von der Ausstiegsklausel Gebrauch zu machen. Die Rente mit 67 erlaube nur geringe Beitragssenkungen von weniger als einem halben Prozentpunkt, kritisiert er im kleinen



Seehofer, Beck



Senioren auf Kreuzfahrt

Kreis. Dafür lohnten die sozialen Verwerfungen nicht, die der Beschluss mit sich bringe. Auch in der SPD-Fraktion mehren sich die Zweifel. Dort wird nun ein Programm entwickelt, das die Folgen der Reform mildern soll. Danach würde die Altersteilzeit in einer neuen Variante fortgeführt, der Gesundheitsschutz Älterer am Arbeitsplatz verbessert sowie der Zugang zur Erwerbsminderungsrente erleichtert. Nur wenn die Koalition entsprechende Beschlüsse fasse, erklären jetzt zahlreiche Sozialdemokraten ihrem

Vorsitzenden Kurt Beck, würden sie dem Vorhaben endgültig zustimmen. „Wir müssen sicherstellen, dass die Angehörigen hochbelasteter Industrieberufe nicht wegen der Rente mit 67 zu Hartz-IV-Empfängern werden“, verlangt der SPD-Rentenexperte Anton Schaaf. Auch Beck fordert von Arbeitsminister Franz Müntefering substantielle Zugeständnisse. Das im April verabschiedete Gesetz sieht vor, ab dem Jahr 2012 die Altersgrenze für die Rente schrittweise heraufzusetzen. 2029 soll sie schließlich bei 67 Jahren liegen.

INTERNET

## Spam-Flut in Bundesbehörden

Bundesregierung und Parlament haben ein massives Problem mit unerwünschten E-Mails. Solche Spam-Nachrichten umfassen 85 Prozent der eingehenden elektronischen Post, heißt es im aktuellen „Bericht zur Lage der IT-Sicherheit in Deutschland“ des Bundesamts für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI). Die Spam-Flut, in der sich auch schädliche Programme wie Trojaner verbergen können, habe „Arbeitszeitausfälle, Überlastung der technischen Komponenten und unnötige Kosten“ zur Folge. Der Bericht bezieht sich auf das Bundeskanzleramt, den Bundestag, die Bundesministerien und andere Behörden, die im „Informationsverbund Berlin-Bonn“ zusammengeschlossen sind. Der Befund ist für das BSI heikel, weil das Amt für die Sicherheit des Behördennetzes und damit auch für die Spam-Abwehr zuständig ist. BSI-Präsident Udo Helmbrecht verweist vor allem auf Datenschutzprobleme: „Auch für Behörden gilt der Schutz der Privatsphäre und des Fernmeldegeheimnisses. Wir müssen aber in die E-Mails hineinschauen und brauchen deshalb das Einverständnis der Mitarbeiter.“ Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble (CDU) hat bereits zugesagt, das BSI-Gesetz zu ändern und die Kompetenzen des Bundesamtes als präventiver IT-Sicherheitsbehörde zu stärken.

ATOMKRAFT

## Anfällige Altmeiler

In den 17 deutschen Atomkraftwerken ist es im vergangenen Jahr zu 126 Pannen gekommen. Dies geht aus einem Bericht des Bundesumweltministeriums für den Bundestag hervor. An der Spitze der Zwischenfall-Statistik liegt das Kernkraftwerk Krümmel bei Hamburg. Hier wurden 15 „meldepflichtige Ereignisse“ gezählt. Auf Platz zwei folgt der Meiler Biblis B in Hessen mit 14 Meldungen, Platz drei belegt das Kernkraftwerk Brunsbüttel in Schleswig-Holstein mit 11 Pannen. Mehr als die Hälfte aller Zwischenfälle (64) ereignete sich nach Angaben des

Ministeriums in den sieben Altmeilern, die vor 1980 in Betrieb gingen. Laut Gesetz müssen die Kraftwerksbetreiber alle sicherheitsrelevanten Vorkommnisse nach einem abgestuften Verfahren der Atomaufsichtsbehörde anzeigen. Meldepflichtig sind neben schweren Störfällen, bei denen Radioaktivität austritt, auch kleinere Pannen wie der zeitweilige Ausfall von Pumpen oder Stromsystemen.



Kernkraftwerk Krümmel